

## Eine erfolgreiche Halbzeit-Bilanz

# Regierung und Koalition auf dem richtigen Weg

Bundesregierung und Koalition können zur Halbzeit der Legislaturperiode eine beachtliche Bilanz vorlegen, stellt Rudolf Seiters, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest. Wir haben Versäumnisse der Vorgängerregierung aufgeholt und Weichen gestellt, die es den Bürgern erlauben, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Wichtige Reformgesetze, die wir uns am Anfang der Legislaturperiode vorgenommen haben, sind verabschiedet — oder aber auf dem parlamentarischen Weg. Wir haben Wort gehalten und sind auch in unserem selbst gesteckten Zeitplan mit dem Ziel der Zukunftssicherung unseres Landes.

Die Steuerreform nimmt finanziellen Druck von den Bürgern und festigt den Industriestandort Bundesrepublik Deutschland. Die Gesundheitsreform stabilisiert die Ausgaben der Krankenkassen und die Beiträge der Versicherten. Sie schafft neue Leistungen zugunsten der Pflegebedürftigen. Wir sichern die Montan-Mitbestimmung, zu der die SPD niemals fähig war. Wir schaffen eine sichere Finanzgrundlage für die Bundesanstalt für Arbeit. Zum sechsten Mal hintereinander haben wir einen solide finanzierten Haushalt fristgerecht vorgelegt. Die Finanzen des Bundes sind gesund, Wirtschaft und Mittelstand florieren. Die Probleme der Agrarwirtschaft sind sicher nicht gelöst, aber durch viele nationale Maßnahmen gemildert. (Fortsetzung nächste Seite)

### HEUTE AKTUELL

#### ● **Biblis**

Umweltminister Töpfer: Es gibt keine Verschleierung. Seite 3

#### ● **Familien**

Bundesfamilienministerin Ursula Maria Lehr gab ein Interview über aktuelle familien- und jugendpolitische Fragen. Seite 5

#### ● **Soziales**

Bundesarbeitsminister Blüm erläuterte im Deutschen Bundestag die Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes. Seite 7

#### ● **Bundestag**

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP wurde die Sicherung der Montan-Mitbestimmung und die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes verabschiedet. Seite 13

#### ● **Gesundheit**

Erstmals seit längerem wieder stabile Krankenkassenbeiträge. Seite 18

#### ● **Dokumentation**

Unsere Deutschlandpolitik will Freiheit für alle Deutschen. Grüner Teil

# Kampagne von links

**Helmut Kohl, sieht die CDU in einer Reihe von Bundesländern „abgestimmten Angriffen von der linken Seite“ ausgesetzt. Nach der letzten Sitzung des CDU-Präsidiums am Montag, 5. 12. 1988, erklärte der Kanzler vor Journalisten, die CDU werde diese Kampagne, die sich gegen den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, den designierten rheinland-pfälzischen Regierungschef Carl-Ludwig Wagner und gegen die CDU in Berlin und Hessen richte, „frontal aufgreifen“.**

*(Fortsetzung von der vorherigen Seite)*

Das westliche Bündnis ist gefestigt, das Verhältnis mit dem Osten sachlich entspannt. Seit dem Mauerbau bestand niemals bessere Gelegenheit für die Menschen in Deutschland, zueinander zu kommen. In der Familienpolitik haben wir Wege beschritten, an die die SPD aus ideologischer Verblendung niemals gedacht hat. Die Gesetze zur Sicherung der Rentenfinanzen und die Postreform sind auf dem parlamentarischen Weg. Beide Vorhaben werden die deutsche Position als sozialverpflichteter Industriestaat bis weit in das nächste Jahrhundert stärken. Wir brauchen keinen Vergleich zu scheuen mit der Regierung irgendeines anderen Landes und erst recht nicht mit den Rezepten der Opposition.

Die SPD weicht allen Fragen unserer Zukunftssicherung aus und verweigert Antworten. Persönliche Diffamierung des politischen Gegners und der Verzicht auf akzeptable Alternativen sind der Nachweis, daß die SPD noch auf Jahre hinaus sowohl koalitions- als auch regierungsunfähig ist.

Kohl sagte, die Glaubwürdigkeit der Union solle in den Ländern angegangen werden, „nachdem offenbar ist, daß die Bonner Politik erfolgreich ist“ und seine Regierung auf eine Jahresbilanz zurückblicken könne wie wenige zuvor. Durch unzulässige Verquickungen sollten bestimmte Bilder über die Union erzeugt werden. Die Kampagne gegen Albrecht gehöre zum „Traurigsten und Erbärmlichsten“, was in den letzten Jahren in der Bundesrepublik geboten worden sei.

Jedes Mittel zur Verunglimpfung des Mannes sei dabei recht. Albrecht solle in seiner Glaubwürdigkeit getroffen werden. Damit ziele man auf die Landtagswahl in Niedersachsen 1990 und die Unionsmehrheit im Bundesrat.

Die CDU werde ihre Position dazu überall in der Bundesrepublik „kämpferisch vertreten“, sagte Helmut Kohl. Dem Bürger müsse deutlich gemacht werden, daß die Vorgänge in der Frankfurter Stadtverwaltung überwiegend aus der Zeit des sozialdemokratischen Magistrats herrührten. Gegen Wagner, der noch gar nicht im Amt sei, sei eine Kampagne gestartet worden. In Berlin solle im Vorfeld der Wahl ein Untersuchungsausschuß eingesetzt werden. Für ihn sei ganz klar, daß bei all diesen Vorgängen ein Konzept vorliege. Der Parteivorsitzende ging aber auch auf Probleme in den eigenen Reihen ein. Unter Hinweis auf die Kritik auf dem Deutschlandtag der Jungen Union wies er darauf hin, daß eine Kommission unter seiner Leitung bis zur Sommerpause des nächsten Jahres eine „Fülle von Vorschlägen“ zur Verbesserung der Partearbeit vorlegen werde, die dann auf dem nächsten Bundesparteitag im September 1989 in Bremen beschlossen würden.

Klaus Töpfer zu Biblis:

## Es gibt keine Verschleierung

Bundesumweltminister Töpfer und der Vorsitzende der Reaktorsicherheits-Kommission, Birkhofer, haben bestätigt, daß sich durch menschliches Fehlverhalten im Block A des Kraftwerkes Biblis ein Störfall ereignet hat. Es habe sich nicht um ein Ereignis „besonderer Problematik“ gehandelt, schon gar nicht in der Nähe des „größten anzunehmenden Unfalls“ (GAU), sagte Töpfer. Andererseits sei der Störfall keine Bagatelle; er sei von den Aufsichtsbehörden auch nicht als Bagatelle behandelt worden.

Töpfer wies den Vorwurf zurück, der Störfall habe verheimlicht werden sollen. Sachverständige, Betreiber und Bundesländer, später auch die internationalen Behörden seien umfassend mit Informationen versorgt worden. Daß das schrittweise innerhalb einiger Monate geschehen ist, begründete Töpfer mit dem üblichen Verfahren, nach dem nicht nur der Störfall gemeldet, sondern auch die Bewertung durch die nationalen Aufsichtsbehörden mitgeteilt werde. Birkhofer ergänzte, korrektes Verhalten sei den deutschen Aufsichtsbehörden auch von der zuständigen amerikanischen Nuclear Regulator Commission bestätigt worden.

Vor der Presse erklärte Töpfer:

Nach einem Stillstand wurde das Kernkraftwerk Biblis A am 16./17. Dezember 1987 wieder angefahren. Hierbei wurde übersehen, daß entgegen den Betriebsvorschriften eine von zwei Absperrarmaturen, die den unter hohem Druck stehenden Reaktorkühlkreis von den auf niederen Druck ausgelegten Nachkühlsystemen trennt, geöffnet war. Die Zweitab-

sperrarmatur war vorschriftsmäßig geschlossen.

Die Betriebsmannschaft stellt später diesen unzulässigen Zustand aufgrund von Meßwerten fest. Zum einen wurde entschieden, die Anlage abzufahren. Gleichzeitig versuchte die Mannschaft, die fälschlicherweise offenstehende Absperrarmatur, die als Rückschlagsventil ausgebildet ist, dadurch zu schließen, daß sie eine zwischen der Erst- und Zweitabsperung abzweigende Prüfleitung kurzfristig öffnete, um dadurch den Druck hinter der offen stehenden Armatur abzusinken, damit die Armatur strömungsbedingt voll schließt. Die Absperrarmatur schloß aber nicht, so daß die Betriebsmannschaft die Anlage vollständig abgefahren hat. Grenzwerte, die zu einer automatischen Schnellabschaltung hätten führen müssen, wurden nicht erreicht.

Durch die Druckentlastung über die Prüfarmatur kam es über ein Sicherheitsventil zu einem geringfügigen Austritt radioaktiven Primärkühlmittels in die Anlage. Dies wurde sofort angezeigt. Die radioaktiven Stoffe wurden mit der Raumluft über Filter abgesaugt. Geringe Mengen wurden kontrolliert über den Kamin der Anlage abgegeben. Dabei wurden die zulässigen Grenzwerte für die Abgaben radioaktiver Stoffe um den Faktor 10 unterschritten.

Wäre die Prüfarmatur nicht nur kurzfristig geöffnet worden, sondern offen geblieben, so hätte es zu einem Versagen der Niederdruck-Leitungen kommen können. Die möglichen Auswirkungen eines derartigen Versagens wurden analysiert. Es kann aber festgestellt werden, daß der Anlagenzustand weit von den

Verhältnissen im Kernkraftwerk Harrisburg entfernt war. Bevor es zu schweren Kernschäden oder teilweisem Kernschmelzen hätte kommen können, hätten weitere Einrichtungen versagen müssen. Die Analysen haben ergeben, daß es sich bei den meisten möglichen Fällen um Kühlmittelverluststörfälle gehandelt hätte, die letztlich von den 4fach vorhandenen Sicherheitseinrichtungen ordnungsgemäß beherrscht worden wären.

### Behördliches Handeln

Das Ereignis wurde vom Betreiber am 22. 12. 1987 der hessischen atomrechtlichen Aufsichtsbehörde und am 8. 1. 1988 der Störfallmeldestelle, eine Einrichtung zur Sammlung, Auswertung und Überprüfung von Vorkommnismeldungen aus Kernkraftwerken, die die Gesellschaft für Reaktorsicherheit im Auftrag des Bundesumweltministeriums wahrnimmt, in der niedrigsten Sicherheitskategorie gemeldet. Bei der routinemäßigen Überprüfung der Vorkommnismeldungen im März/April 1988 durch Aufsichtsbehörde und Störfallmeldestelle des Bundes entstand der Verdacht, daß es sich um ein Ereignis größerer Bedeutung gehandelt haben könnte. Nachdem durch weitere Analysen Ende April die Bedeutung des Ereignisses erkannt wurde, hat die Bundesaufsicht die ihrerseits erforderlichen Schritte eingeleitet.

1. Sie hat unverzüglich alle Bundesländer, in denen Kernkraftwerke betrieben werden, unterrichtet und die atomrechtlichen Aufsichtsbehörden zur Überprüfung und ggf. zur Durchführung von Abhilfemaßnahmen aufgefordert.

2. Sie hat eine vertiefte Analyse des Vorkommnisses veranlaßt, was eine höhere Sicherheitseinstufung des Vorkommnisses nach den Meldekriterien für Kernkraftwerke zur Folge hatte.

3. Sie hat die Reaktorsicherheitskommis-

sion eingeschaltet, die Vorschläge für technische Verbesserungen gemacht hat, die in Biblis A soweit notwendig bereits umgesetzt wurden.

4. Nach Vorlage gesicherter Analysen hat sie der Kernenergieagentur der OECD (NEA) — wie das üblich ist — über das Vorkommnis vollständig berichtet, die diesen Bericht ihrerseits an ihre Mitgliedsstaaten weitergeleitet hat.

Von einer Geheimhaltung kann angesichts der breiten Unterrichtung der Fachgremien durch den Bundesumweltminister keine Rede sein. Im Störfallbericht, den die Bundesregierung jedes Jahr vorlegt, wird das Ereignis selbstverständlich eingehend dargestellt werden. In dem Bericht der Reaktorsicherheitskommission über die Überprüfung deutscher Kernkraftwerke nach Tschernobyl wird auf den technischen Sachverhalt eingegangen.

Darüber hinaus hat die zuständige atomrechtliche Aufsichtsbehörde organisatorische Maßnahmen beim Betreiber veranlaßt, die ein solches Vorkommnis zukünftig ausschließen. Auch diese Maßnahmen sind größtenteils bereits umgesetzt.

---

## Steuermeinnahmen der Gemeinden

Bei den Gemeinden betragen die Steuermeinnahmen im 1. Halbjahr 1988 7,3 Prozent. Allein das Gewerbesteueraufkommen nahm um über elf Prozent — rd. eine Mrd. DM — gegenüber dem Vorjahr zu. Die kreditfinanzierte Deckungslücke der Gemeinden bleibt mit rd. zwei Mrd. DM sehr niedrig. Im letzten Regierungsjahr der SPD, 1981, betrug die kreditfinanzierte Deckungslücke der Kommunen — bei einem weitaus niedrigerem Bruttosozialprodukt — noch rd. zehn Mrd. DM.

Ursula-Maria Lehr:

## „Für die Familien gibt es noch sehr viel zu tun“

In ihrem ersten politischen Grundsatzinterview nach ihrer Benennung zur Familienministerin hat sich Ursula Maria Lehr (CDU) gegen eine Registrierung und Isolation von Aids-Kranken ausgesprochen. In der Zeitung Welt am Sonntag lehnt sie die Gleichbehandlung von unverheirateten Paaren und Ehepaaren ab. Hier das Interview im Wortlaut:

**Frage:** Nach der Gesundheitsreform steht nun die Rentenreform an. Gibt es bei Ihnen dazu besondere Vorstellungen, vor allem mit Blick auf mehr Flexibilität bei der Altersgrenze?

**Antwort:** Ich bin der Meinung, daß eine feste Altersgrenze, wo immer man sie ansetzt, ungerecht ist. Für manch einen ist es viel günstiger, früher in den sogenannten Ruhestand zu treten. Aber wir sollten auch klar sehen, daß es für viele Leute günstiger ist, die Chance zu haben, weiter und länger zu arbeiten. Es muß ja nicht ein Acht-Stunden-Tag und auch keine 38-Stunden-Woche sein. Ich denke an ein allmähliches Ausgleiten in den Ruhestand, an immer weniger Arbeit und zunehmende Freizeit.

**Frage:** Wie könnte die erste Phase einer solchen Regelung aussehen?

**Antwort:** Mir kommt es darauf an, daß auch der 65jährige oder zunächst einmal der 63jährige, der gerne von sich aus weiterarbeiten möchte, die Chance hat, das wenigstens stundenweise zu tun. Wem Arbeit Spaß macht, der soll diesen Spaß auch haben.

**Frage:** Insgesamt 1569 Männer und Frauen sind gegenwärtig in der Bundesre-

publik beim Bundesgesundheitsamt in Berlin als Aids-Kranke registriert. Welche Vorstellungen haben Sie zur Aids-Bekämpfung? Was halten Sie von Registrierung oder Isolation?

**Antwort:** Ich bin strikt dagegen. Was Aids betrifft, will ich die Linie meiner Amtsvorgängerin Rita Süßmuth weiterverfolgen. Ich halte diese Linie für gut. Vor allem Informationen sind notwendig, und natürlich ist auch Treue eine sehr wichtige Hilfe bei der Bekämpfung von Aids. Ich werde mich im Kampf gegen Aids jedenfalls stark engagieren.

**Frage:** Umstritten ist immer wieder das Thema Paragraph 218, so etwa die Abtreibung auf Krankenschein, die von manchen Politikern abgelehnt wird . . .

**Antwort:** Auch hier will ich auf der von meiner Amtsvorgängerin mit viel Sorgfalt erarbeiteten Linie weiter tätig werden und mit Rita Süßmuth ständig Kontakt halten. Das Beratungsgesetz wird ja noch diskutiert. Hier werden wir noch viel sorgfältige Vorarbeit zu leisten haben.

**Frage:** Gegenwärtig wird eine Freigabe sogenannter weicher Drogen diskutiert. In Nordrhein-Westfalen gibt es Versuche einer Drogenbehandlung mit Methadon. Wie stehen Sie dazu?

**Antwort:** Wir sollten wissen, daß auch sogenannte weiche Drogen sehr häufig Einstiegsdrogen sind. Ich sehe deshalb große Gefahren im Hinblick auf die Freigabe. Auf jeden Fall muß ich vor einem Einstieg in die Drogenszene warnen.

**Frage:** Was wollen Sie für die Familien tun?

**Antwort:** Für die Familie ist sehr viel zu tun. Dabei muß die Familie als dynamischer Prozeß, als sich ständig wandelndes Gebilde — gesehen werden. Im Kleinkind von heute muß man den Erwachsenen von morgen und den alten Menschen von übermorgen sehen. Selbstverständlich muß die Familie Unterstützung, Förderung erhalten, aber auch Unterstützung im Sinne der Hervorkehrung der positiven Werte, die eine Familie wirklich darstellt.

**Frage:** An was denken Sie dabei?

**Antwort:** Kinder bereiten Freude und sind eine Bereicherung des Lebens. Ganz persönlich: Was meinen Sie, wie schwer mir dieser Entschluß, in Bonn das Ministeramt zu übernehmen, wohl gefallen wäre, wenn ich nicht den Rat meines Mannes, aber besonders auch meiner beiden Söhne gehabt hätte. Familie ist irgendetwas ein emotionales Band. Es ist klar, daß da einer für den anderen einsteht. Ich finde, wir sollten schon alles tun, um den Wert der Familie deutlich zu machen.

**Frage:** Sie haben in wissenschaftlichen Arbeiten vor einer „Glorifizierung der Mutterrolle“ gewarnt. Wie sehen Sie die Rolle der Mutter und die Stellung der Frauen in der Gesellschaft?

**Antwort:** Glorifizierung, nein. Aber ich habe in meinen Schriften auch immer betont, daß Muttersein eine äußerst wichtige Aufgabe im Leben der Frau ist. Diese Aufgabe verdient in der Gesellschaft erheblich mehr Anerkennung. Muttersein kann aber in unserer Zeit keine lebenslange Aufgabe sein. Es sei denn, man hat für ein behindertes Kind oder für vier, fünf, sechs und mehr Kinder zu sorgen. Es ist zudem nicht entscheidend, daß die Mutter die ganze Zeit beim Kind ist. Wichtiger ist, wie sehr sich die Mutter mit dem Kind beschäftigt, wenn sie bei ihm ist. Ich habe mich mit solchen Problemen intensiv beschäftigt, denn ich bin nicht nur Altersforscherin, sondern habe mit Studien über Probleme

von Kindern im Kleinstkindalter begonnen. Ich habe Vergleiche angestellt zwischen Kindern, die in der Familie aufgewachsen sind und solchen, die in Heimen groß geworden sind. Es gibt da keinen Zweifel: Nicht die Quantität der Zuwendung ist entscheidend, sondern die Qualität. Im übrigen ist nicht nur die Mutter entscheidend für das Kind, sondern auch der Vater. Das muß einmal deutlich gesagt werden.

**Frage:** Der Nachwuchs im Kindergarten, die Mutter an den Arbeitsplatz — ist das Ihre Meinung?

**Antwort:** Frauen, die gerne weiterarbeiten möchten, sollten die Chance haben, ihre Kinder im Kindergarten unterzubringen. Wir brauchen eine größere Öffnung der Kindergärten, im Idealfall sogar mehr Betriebskindergärten oder Tagesstätten. Es geht darum, im Berufs- und Privatleben die Kinder möglichst in der Nähe zu haben. Da gibt es Dinge, die bald geändert werden müßten.

**Frage:** Von der SPD wird eine rechtliche Gleichbehandlung von Lebensgemeinschaften Unverheirateter mit Ehepaaren gefordert . . .

**Antwort:** Ich habe gesagt, wie hoch ich die Familie einschätze und welchen Wert man ihr einräumen muß. Natürlich muß man auch anerkennen, daß Non-Paper-Marrriages, wie das so schön heißt, Ehen ohne Trauschein, in unserer Gesellschaft eine Realität sind. Eine generelle rechtliche Gleichbehandlung mit der Ehe halte ich jedoch für falsch.

## Kindererziehungszeiten

Inzwischen werden 732.000 Renten allmonatlich um einen Rentenanteil aus Kindererziehungszeiten aufgestockt. 7.382 Renten beruhen ausschließlich auf Kindererziehungszeiten, darunter immerhin 403 Renten an Männer.

Arbeitsförderungsgesetz:

## Verfügbare Mittel werden richtig eingesetzt

**Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hielt anlässlich der 2. und 3. Lesung eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand am 2. Dezember 1988 im Deutschen Bundestag die folgende Rede:**

„Heute wird die 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz verabschiedet. Vor wenigen Tagen haben wir die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung beschlossen. Und jetzt, nach Vorlage des Referenten- und Diskussionsentwurfs, geht es mit Hochdruck an die Rentenreform.“

Bei aller Unterschiedlichkeit ist diesen Vorhaben **eines gemeinsam**: Sie sollen dazu beitragen, finanzielles Leistungsvermögen der Volkswirtschaft und finanzielle Stabilität der Systeme unserer sozialen Sicherung in Übereinstimmung zu halten.

Lasten und Leistungen müssen in Balance bleiben. Unsere Aufgabe heißt: **sparen** und **gestalten**. Jeder, der sich dieser Pflicht entzieht, untergräbt das Fundament, auf dem soziale Sicherung gründet und handelt verantwortungslos vor den Herausforderungen der Zukunft.

### Den weiteren Wirtschaftsaufschwung festigen

Eine nach den Grundsätzen der Solidarität und Solidität betriebene Sozialpolitik begrenzt den Druck auf die Lohnnebenkosten der Betriebe. Das ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Beschäftigung.

Wir könnten uns heute mit Sicherheit nicht eines 6jährigen wirtschaftlichen Daueraufschwungs mit einem Plus von über einer Mio. beschäftigter Arbeitnehmer erfreuen, hätten wir nicht seit 1982 mit unseren sozialpolitischen Sofortmaßnahmen das Ruder energisch herumgeworfen und eine Phase sozial verantwortlicher Umstrukturierungen eingeleitet.

Die Volkszählung bestätigt den Erfolg unserer Politik eindrucksvoll: Mit über 27 Mio. Erwerbstätigen haben wir 1988 **den höchsten Beschäftigungsstand seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.**

Unsere Politik hat die sozialen Sicherungssysteme vor dem drohenden Einsturz bewahrt und einen bedeutenden Beitrag für die Entfaltung der heutigen Wirtschaftsdynamik geleistet. So soll es bleiben.

### Wir verhindern das ‚Abkassieren‘

Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen sollen auch dazu beitragen, eine sonst kaum zu umgehende Erhöhung der Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeit zu vermeiden. Damit festigen wir den Aufschwung von Wirtschaft und Beschäftigung.

Der Bund wird vier Mrd. DM des für 1989 zu erwartenden Defizits der Bundesanstalt für Arbeit übernehmen. Das sind rd. zwei Drittel des Fehlbetrages. Das ist kein Rückzug des Staates, kein ‚weiteres Abkassierungsmodell‘, wie es die SPD böswillig in einer Presseverlautbarung vom 28. November 1988 verbreitet. Wir verhindern damit das ‚Abkassieren‘ bei den Beitragszahlern. Das fehlende Drittel

soll durch maßvolle Leistungskonsolidierungen bei der Bundesanstalt für Arbeit erbracht werden.

### Totschlagvokabeln gegen unsere Erfolge

Ich kann verstehen, daß diese sozial- und wirtschaftspolitischen Zusammenhänge nicht in die Gedanken- und Vorstellungswelt der SPD passen. Ich kann auch die Versuchung der Opposition nachvollziehen, gewisse Einschränkungen im Tonfall abgrundtiefer Entrüstung anzuprangern. Aber wenn die SPD die Bundesregierung bezichtigt, sie betreibe Kahlschlag bei der Arbeitsförderung, stellt das die Tatsachen auf den Kopf.

Mit dieser Totschlagvokabel will die SPD von ihrer Verlegenheit über eine unbestreitbare Spitzenleistung dieser Bundesregierung ablenken: die **Verdoppelung der Mittel** für die Arbeitsförderung. 1982 hatte die SPD-Regierung knapp sieben Mrd. DM bereitgestellt, in diesem Jahr werden wir dagegen rd. 15 Mrd. DM ausgeben, ein Anstieg um mehr als 100 Prozent. Hinzu kommt die mehrmalige Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer von zwölf auf 32 Monate, für die bisher Leistungen in einer Größenordnung von vier bis fünf Mrd. DM aufgewandt wurden.

Ich nenne die Zahlen im einzelnen: (Mrd.)

	1982 (Ist)	1988 (Soll)
Ausbildung	428,2	1 180,0
Fortbildung und Umschulung (einschl. Einarbeitungszuschuß)	3 324,1	6 042,9
Berufliche Bildung insgesamt	3 780,9	7 222,9
Berufliche Rehabilitation	1 912,8	2 856,6
Förderung der Arbeitsaufnahme	264,8	575,4
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	869,3	3 372,0
Lohnkostenzuschüsse für ältere Arbeitnehmer	94,2	335,0
Leistungen nach dem Vorruhestandsgesetz	—	470,3
	6 922,0	14 832,2

Seit dem Regierungswechsel hat die Koalition für sieben Mrd. DM neue Ausgaben beschlossen und für zwei Mrd. DM Leistungen bei der Bundesanstalt gekürzt. Per saldo ergibt sich ein struktureller Ausgabenzuwachs von fünf Mrd. DM.

Beeinflußt wird die Finanzlage der Bundesanstalt auch durch den verstärkten Zuzug von Aussiedlern, der so nicht vorausesehbar war. Im Jahre 1989 werden die Mehrkosten hierfür über 1,5 Mrd. DM

betragen. Mit diesem Aufwand fördern wir die rasche und dauerhafte Eingliederung dieser Mitbürger in die Arbeits- und Berufswelt. Das ist im übrigen eine **Investition in unsere Zukunft**. Sie wird sich schon bald als hochprofitabel für die gesamten sozialen Sicherungssysteme erweisen.

Ich will im folgenden auf zwei Bereiche eingehen, die in der Öffentlichkeit — aber auch in den parlamentarischen Gremien — besonders intensiv erörtert wor-



den sind: berufliche Bildung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

**Berufliche Qualifizierung**

Die von der Bundesregierung gemeinsam mit den Sozialpartnern und der Bundesanstalt für Arbeit angestoßene Qualifizierungsoffensive war erfolgreich. Sie führte zu zweistelligen Wachstumsraten bei den Teilnehmerzahlen: 1986 beispielsweise um stolze 29,5 Prozent und im Folgejahr um 12,5 Prozent. Während die Zahl der geförderten Teilnehmer 1982 bei 265.000 lag, wird sie in diesem Jahr mit rd. 600.000 mehr als das Doppelte erreichen. Und zwei Drittel der Teilnehmer haben spätestens ein Vierteljahr nach Abschluß der Bildungsmaßnahmen wieder Arbeit gefunden.

Wir haben eine Rekordhöhe erreicht, bei der um der Solidität wegen nicht weiter gesteigert werden sollte. Denn es zeigt sich, daß der Anteil der Arbeitslosen, für die unsere Qualifizierungsmaßnahmen in erster Linie gedacht sind, an diesen Maßnahmen sinkt. Von Januar bis Ende September 1987 lag dieser Anteil bei 66,7 Prozent, im gleichen Zeitraum dieses Jahres lag ihr Anteil dagegen nur noch bei 58,6 Prozent.

Es werden also zunehmend Personen gefördert, die in einem Beschäftigungsverhältnis standen. Qualifizierung ist auch nötig für die Arbeitnehmer, die Arbeit haben. Aber ihre Qualifizierung ist zuallererst Aufgabe der Betriebe. Die Bundesanstalt für Arbeit darf nicht an die Stelle betrieblicher Pflichten treten. Die Arbeitgeber machen es sich bequem, wenn sie in neue Maschinen investieren, aber selbst nicht für die Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer Sorge tragen.

Die Ausweitung der sogenannten freien Maßnahmen auf dem Markt der beruflichen Bildungsförderung hat dieses Ausweichmanöver gefördert. Die entspre-

chenden Träger haben das verständliche Bestreben, ihre Kapazitäten zu füllen. Dafür werben sie in der Öffentlichkeit und nehmen, wen sie finden können, also auch diejenigen, die eigentlich in ihren Betrieben weitergebildet werden sollten.

Von Januar bis Ende September 1987 waren 48 Prozent der Neueintritte in berufliche Bildungsmaßnahmen auf freie Bildungsangebote verteilt. Im gleichen Zeitraum dieses Jahres war ihr Anteil bereits auf 61,8 Prozent geklettert. Dabei lag der Anteil der Arbeitslosen bei freien Bildungsangeboten nur bei 32,2 Prozent. Bei den gezielten Auftragsmaßnahmen der Arbeitsämter betrug der Anteil der Arbeitslosen dagegen 91,3 Prozent.

Die 9. AFG-Novelle soll hier die Proportionen wieder geraderücken und den Arbeitgebern den bequemeren Weg zur Bundesanstalt für Arbeit erschweren, ohne die notwendige qualitativ angemessene Qualifizierung zu beschränken.

**Erste Priorität für die Arbeitslosen**

Wir müssen die Mittel wieder stärker auf bestimmte Zielgruppen des Arbeitsmarktes konzentrieren. Durch Gesetzesänderungen soll die Bundesanstalt für Arbeit in die Lage versetzt werden, in der beruflichen Bildungsförderung arbeitsmarktpolitische Prioritäten auch tatsächlich durchzusetzen und dabei gleichzeitig auch die finanziellen Vorgaben des Haushaltes einzuhalten.

Beidem steht heute der absolute Rechtsanspruch auf Förderung entgegen — sofern einige sonstige Voraussetzungen erfüllt sind. Die Arbeitsverwaltung gerät dabei häufig in einen fast unlösbaren Konflikt: Hier der Rechtsanspruch auf Förderung, dort das Haushaltsrecht mit seinen verbindlichen Mittelansätzen. Beides kollidiert. Eine unmögliche Situation. Daher soll künftig der Rechtsanspruch auf Erstattung der Lehrgangskosten in

eine Ermessensleistung der Arbeitsverwaltung umgewandelt werden. Damit soll dem Prozeß der Verdrängung der Arbeitslosen durch vorher beschäftigte Personen in den Bildungsveranstaltungen ein Riegel vorgeschoben und den Arbeitslosen wieder die Priorität gegeben werden.

Die vorher Beschäftigten werden stärker als bisher an den Kosten für ihre Weiterbildung beteiligt. Damit wird zum einen der Druck auf die Arbeitgeber erhöht, ihre Arbeitnehmer stärker als bisher bei den Kosten für die Weiterbildung zu unterstützen, und zum anderen zwingen wir die Bildungsträger dazu, wirtschaftlicher zu arbeiten und ihre Kostensätze zu überdenken. Noch immer gibt es für ein und dasselbe Bildungsangebot sehr unterschiedliche Kostensätze. Ich bin der Auffassung, daß sich hier noch einiges einsparen läßt, ohne daß die Qualität der Bildungsangebote darunter leidet.

### Mehr Verantwortung für die Selbstverwaltung

Es geht bei diesem Gesetz nicht so sehr um die Quantitäten. Die Bundesregierung ist entschlossen, die berufliche Qualifizierung auf hohem Niveau fortzusetzen, und zwar so, daß sie mittelfristig finanzierbar bleibt. Die notwendigen Mittel werden also auch in Zukunft bereitstehen. Es geht bei diesem Gesetz vor allem um eine bessere personen- und arbeitsmarktbezogene Ziel- und Treffsicherheit im Bereich der Arbeitsförderung. Die Arbeitslosen haben Priorität.

Dies bedeutet zugleich ein Mehr an Verantwortung für die Selbstverwaltung.

Beim Unterhaltsgeld, der Lohnersatzleistung bei beruflicher Qualifizierung, wird es im übrigen beim Rechtsanspruch bleiben. Dies ist eine ganz wichtige Mitteilung für alle, die von Qualifizierungsmaßnahmen Gebrauch machen und in Zukunft Gebrauch machen können.

### Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben wir die Leistungen der früheren SPD-Regierung noch stärker übertroffen als bei den Qualifizierungsmaßnahmen: 1982 rd. 29.000 geförderte Arbeitnehmer, 1987 dagegen rd. 115.000. Das ist viermal soviel. In diesem Jahr wird die Zahl der Geförderten wahrscheinlich noch höher liegen.

Bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben wir Höchstzahlen und eine Höchstförderung erreicht. Ein weiteres Hochfahren würde nicht mehr Arbeitsplätze schaffen, sondern lediglich zu einer Verdrängung regulärer Arbeit durch staatlich subventionierte Arbeit führen. Das haben Gewerkschaften, vor allem die ÖTV, schon seit langem erkannt und immer wieder kritisch hervorgehoben. Auch hier ist eine Konsolidierung notwendig. Wir steuern dabei nicht radikal um, sondern sanft — wie es die Gewerkschaften oft verlangt haben.

Aber Umsteuern ist notwendig. Denn immer weniger gilt als Normalfall, was im Gesetz vorgeschrieben ist. Die Ausnahme ist in einigen Regionen mehr und mehr zur Regel geworden. In der Praxis wird der heute im Gesetz vorgesehene Höchstfördersatz von 80 Prozent des Lohnes immer häufiger überschritten. In einigen Landesarbeitsamtsbezirken hat man sich offensichtlich an die 100-Prozent-Förderung als Normalfall gewöhnt. In anderen dagegen nicht.

Wie sonst ist es zu erklären, daß in Nordrhein-Westfalen im ersten Halbjahr 1988 insgesamt 73 Prozent der neuen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigten Arbeitnehmer mit 100 Prozent bezuschußt wurden, im Landesarbeitsamtsbezirk Niedersachsen/Bremen waren es 63,8 Prozent, im vergleichbaren Schleswig-Holstein dagegen, mit ähnli-

chen Strukturproblemen, lediglich 24,6 Prozent?

Immer mehr Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen schonen offensichtlich den eigenen Haushalt — nicht immer sind es die Bedürftigsten — und verlagern die Kosten auf die Beitragszahler und den, der das Defizit der Bundesanstalt zu decken hat — auf den Bund. Das gilt vor allem für öffentliche Träger — immerhin 60 Prozent aller Träger.

Wir versuchen mit der 9. Novelle wieder die Regel zur Regel zu machen, also das zum Normalfall zu machen, was das Gesetz bereits heute vorschreibt. Der geltende § 94 AFG lautet:

Der Zuschuß soll mindestens 60 v. H. des tariflichen oder, soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, des für vergleichbare Beschäftigungen ortsüblichen Arbeitsentgeltes betragen; **er soll 80 v. H. des Arbeitsentgeltes nicht übersteigen.**

Wir wollen Regel und Ausnahme in eine neue Balance bringen. Und wir verfeinern dabei unser Instrumentarium, um den wirklich Bedürftigen besser helfen zu können. Im vorliegenden Gesetzentwurf wird die Bezuschussung von AB-Maßnahmen differenzierter gestaltet, nämlich:

1. im Regelfall mindestens 50 Prozent, höchstens 75 Prozent.

2. in Arbeitsamtsbezirken mit einer Arbeitslosenquote von 30 Prozent über Bundesdurchschnitt: höchstens 90 Prozent, in besonderen Ausnahmefällen maximale Förderung bis 100 Prozent.

Diese Förderung wird auf 15 Prozent der bundesweiten ABM-Fälle begrenzt.

Damit wird in Regionen mit stark überdurchschnittlichen Arbeitsmarktproblemen die 100-Prozent-Förderung — abweichend vom geltenden Gesetzestext — sogar gesetzlich abgesichert. Und wir sorgen dafür, daß die 100-Prozent-Förderfälle gerade Problemregionen zugute

kommen. Das ist ausdrücklich im Bericht des A + S-Ausschusses festgehalten worden.

Und noch etwas: Wir haben Kritik, Befürchtungen und Anregungen im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens ernst genommen und die Grenze der 100-Prozent-Förderung nicht auf zehn Prozent, sondern auf 15 Prozent aller Förderungsfälle ausgedehnt.

Anders als es die SPD verbreitet, wird kein geförderter Arbeitnehmer ‚entlassen‘.

### Altersteilzeit

Nun zu einem Element des Gesetzes, das mir besonders am Herzen liegt: die Altersteilzeit, die darauf zielt, einen gleitenden Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu ermöglichen.

Es will mir immer noch nicht einleuchten, warum die Opposition nicht bereit ist, sich ernsthaft mit dem von uns vorgelegten Modell auseinanderzusetzen. Die pauschale Kritik nach dem Motto ‚das reicht nicht‘ ist mir einfach nicht sachgerecht und wird der Tragweite dieses Anliegens wirklich nicht gerecht.

Sie erinnern sich: Beim Vorruhestandsgesetz waren Sie seinerzeit nicht einmal in der Lage, eine solche Regelung überhaupt durchzusetzen. Dies haben wir gemacht. Sie haben die finanzielle Ausstattung des Vorruhestandsgesetzes beklagt und die Ergebnisse anschließend als wichtigen, unverzichtbaren arbeitsmarktlichen Beitrag bewertet.

Die Zukunft gehört den gleitenden Übergängen vom Erwerbsleben ins Rentenalter. Dem Arbeitgeber wird der Zuschuß zur Altersteilzeit sowie die Höherversicherung des Arbeitnehmers (im Rahmen des Gesetzes) erstattet. Das Modell ist attraktiv für die Wirtschaft und erst recht für den Arbeitnehmer.

Durch die Steuerfreiheit des Aufstok-

kungsbetrages erhält der ältere Arbeitnehmer fast 70 Prozent seines vorherigen Vollzeitnettoarbeitsentgeltes — und das für die Hälfte der vorherigen Arbeitszeit. Die spätere Rente wird durch die Höherversicherung während der Altersteilzeit gesichert.

Jene Gewerkschaften, die lamentieren, daß diese Mindestsicherung noch zu gering sei, rufe ich auf, Tarifverträge über Altersteilzeit anzustreben, die hier etwas drauflegen. Die bestehenden Tarifverträge über Altersteilzeit zeigen, daß dies durchaus möglich ist.

Ohne daß der Staat einen Pfennig zuschießt, bekommen die Arbeitnehmer nach diesen Tarifverträgen 80 bis 100 Prozent ihres Vollzeiteinkommens. Mir will nicht einleuchten, warum das mit staatlicher Hilfe nicht auch möglich sein soll?

Teilzeitarbeit in der Spätphase der Erwerbstätigkeit — das weist in die Zukunft, das ist in der Tat etwas, worauf die Altersforschung seit Jahrzehnten gewartet hat. Abbau der Arbeitsintensität parallel zum altersbedingten Wunsch nach vermindertem Leistungsdruck; humaner Gleichklang von Müssen und Wollen. Altersteilzeit ist gleichzeitig ein Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes und zur Integration jüngerer Menschen in das Erwerbssystem. Und schließlich ist es die sanfte, schrittweise Annäherung an einen Lebensabschnitt, der immer länger wird und in den viele Menschen bisher gänzlich uneingeübt einmünden.

Vielleicht wird sich aus der Humanisierung der Arbeit älterer Menschen allmählich eine ganz neue Sicht von Lebenszeit und Arbeitszeit ergeben. Vielleicht werden die Menschen in einigen Jahrzehnten kopfschüttelnd über uns nachdenken, die wir die Menschen bis zur starren Altersgrenze bei der Arbeit voll fordern, sie in

den letzten Jahren vielleicht überfordern und dann mit mehr oder weniger sanftem Ruck von einem Tag auf den anderen ganz ausmustern.

Arbeit ist ein wesentliches Element der Selbstverwirklichung. Arbeit darf nicht zur drückenden Last werden. Deshalb muß die Arbeitswelt so gestaltet werden, daß eine Versöhnung von Leben und Arbeit auch im höheren Alter möglich wird, auch über die heute übliche Pensionierungsgrenze hinaus.

Per Gesetz kann und soll nicht alles geregelt werden. Schon gar nicht die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen und Arbeitsbedingungen. Hier liegt das Gestaltungsfeld der Tarifvertragsparteien. Daher hat ein Gesetz über einen gleitenden Übergang auch wenig unmittelbare Auswirkungen. Leben erhält es erst durch das Wollen und Gestalten der Tarifvertragsparteien.

Ich bin der festen Überzeugung, daß wir mehr Offenheit, mehr Freiheit in der Gestaltung unserer Arbeitsbeziehungen, insbesondere jedoch der Arbeitszeit benötigen. Daher war es mein Ehrgeiz, ein Gesetz zustande zu bringen, das maßgeschneidert ist für die Bedürfnisse der Tarifvertragsparteien.“

---

## Kabelanschlüsse

Mit mehr als eine Million neuer Kabelanschlüsse innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der angeschlossenen Wohnungen auf 4,2 Mio. Das Marketingkonzept Bundespostministers Schwarz-Schilling hat sich bewährt.

## Rentensteigerung

Ab 1. Juli 1989 werden die Renten voraussichtlich effektiv um 2,18 Prozent steigen.

# Sicherung der Montan-Mitbestimmung

Der Deutsche Bundestag hat am 1. Dezember 1988 in 2. und 3. Lesung das von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Gesetz zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, über Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten und zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung, verabschiedet. Damit hat die Koalition von CDU/CSU und FDP in die Tat umgesetzt, was sie in der Koalitionsvereinbarung vom 9. März 1987 beschlossen hatte.

Die Montan-Mitbestimmung wird durch dieses Gesetz dauerhaft gesichert. Nach dem neugefaßten Mitbestimmungsergänzungsgesetz bleibt eine Konzernobergesellschaft ohne eigene Montanproduktion so lange montan-mitbestimmt, wie die montan-mitbestimmten Tochterunternehmen insgesamt mindestens 20 Prozent der Konzernwertschöpfung erzielen oder mehr als 2.000 Arbeitnehmer beschäftigen. Damit wird gewährleistet, daß vier von fünf Konzernobergesellschaften der Stahlindustrie, die ansonsten aufgrund des sozial-liberalen Auslaufgesetzes von 1981 in den nächsten Jahren aus der Montan-Mitbestimmung herausgefallen wären, weiterhin dieser bewährten Form der Mitbestimmung unterliegen.

Gleichzeitig wird das Wahlverfahren für die Bestellung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat nach dem Vorbild des Mitbestimmungsgesetzes 1976 modernisiert. Das bedeutet, daß die Zahl der belegschaftsangehörigen Aufsichtsratsmitglieder in den Aufsichtsräten erhöht und entsprechend die Zahl der Externen vermindert wird. Es bleibt aber bei dem bewährten Grundsatz, daß die Arbeitnehmerseite sowohl aus Belegschaftsangehörigen wie auch aus externen Aufsichtsrats-

mitgliedern besteht. Um das Gewicht der Belegschaften auf der Arbeitnehmerseite in den Aufsichtsräten zu verstärken, kann außerdem die Belegschaft künftig selbst darüber entscheiden, ob sie die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat unmittelbar oder durch Delegierte wählt. Bisher konnte ein Arbeitnehmervertreter nur durch Wahlmänner gewählt werden.

## Verstärkung der Minderheitenrechte

Bei der Betriebsratswahl wird mehr Demokratie verwirklicht und damit auch dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts, die Wahlgleichheit zu gewährleisten, entsprochen. Das Gesetz sieht vor allem vor: Herabsetzung der erforderlichen Unterschriftenzahl für Wahlvorschläge der Arbeitnehmer von zehn Prozent auf fünf Prozent der Belegschaft bzw. von 100 auf 50 Unterschriften; Einführung eines Wahlvorschlagsrechts der Gewerkschaften ohne Nachweis von Stützunterschriften; Entsendung eines betriebsangehörigen Beobachters der im Betrieb vertretenen Gewerkschaften in den Wahlvorstand. Außerdem können Minderheiten künftig aktiver an der Betriebsratsarbeit mitwirken. Das Gesetz sieht vor, daß die Wahl der Mitglieder der Betriebsratsausschüsse und der freizustellenden Betriebsratsmitglieder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl erfolgt. Damit ist gleichzeitig sichergestellt, daß nur Minderheiten von einer gewissen Stärke berücksichtigt werden, um eine Zersplitterung des Betriebsrats zu vermeiden.

## Mehr Beteiligung der Arbeitnehmer bei neuen Techniken

Das Betriebsverfassungsgesetz wird der technischen Entwicklung angepaßt. Neue Techniken sollen in den Betrieben nicht

gegen, sondern mit den Arbeitnehmern eingeführt werden. Deshalb wird festgelegt, daß der Betriebsrat über die Planung neuer Techniken unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen rechtzeitig zu unterrichten ist. Der Arbeitgeber hat alle Auswirkungen der vorgesehenen Maßnahmen mit dem Betriebsrat so rechtzeitig zu beraten, daß dessen Vorschläge noch berücksichtigt werden können. Er muß auch die einzelnen betroffenen Arbeitnehmer unterrichten und mit ihnen ggf. Weiterbildungsmaßnahmen erörtern.

### **Präzisere Definition des leitenden Angestellten**

Der für die Betriebsverfassung wichtige Begriff des leitenden Angestellten wird präziser gefaßt. Eine genaue Definition ist heute noch wichtiger als früher. Es muß klar sein, welcher Arbeitnehmer vom Betriebsrat und welcher vom Sprecherausschuß vertreten wird. Durch die Präzisierung wird der Begriff weder eingengt noch erweitert. In erster Linie ist entscheidend, daß der Angestellte unternehmens- oder betriebsleitende Aufgaben wahrnimmt und im wesentlichen frei von Weisungen handelt. Zusätzlich werden unternehmensbezogene Auslegungsregeln eingeführt, die in Zweifelsfällen eine Entscheidungshilfe sein sollen. Nur in einem Ausnahmefall kann auf ein Jahresarbeitsentgelt zurückgegriffen werden, das das Dreifache der Bemessungsgröße nach § 18 SGB IV überschreiten muß (für 1988 rund 111.000 Mark). Über die Zuordnung wird vor den Wahlen durch die Wahlvorstände entschieden.

### **Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten**

In Betrieben mit mindestens zehn leitenden Angestellten können ab Frühjahr 1990 Sprecherausschüsse gewählt werden, wenn sich die Mehrheit der leitenden Angestellten dafür ausspricht. Die

Mitwirkung des Sprecherausschusses erfolgt durch Unterrichtung und Beratung über die Angelegenheiten der leitenden Angestellten sowie über personelle und wirtschaftliche Angelegenheiten. Es ist sichergestellt, daß die Sprecherausschüsse die Arbeit der Betriebsräte nicht blockieren können. Die ursprünglich vorgesehene Regelung, nach der der Sprecherausschuß den Abschluß einer Betriebsvereinbarung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat durch Einspruch hinausschieben konnte, wurde fallengelassen.

### **Weitere Änderungen**

Im Verlauf der parlamentarischen Beratungen sind folgende weitere Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes beschlossen worden: Die Amtszeit von neu gewählten Betriebsräten wird von drei auf vier Jahre verlängert. Die Kosten der Einigungsstelle werden geregelt: Der Arbeitgeber hat wie bisher die Kosten zu tragen. Der Vorsitzende der Einigungsstelle und die außerbetrieblichen Beisitzer erhalten eine Vergütung, die nach dem erforderlichen Zeitaufwand und der Schwierigkeit der Angelegenheit bemessen wird. Damit werden sich die Honorare der Mitglieder der Einigungsstelle künftig in einem vertretbaren Rahmen halten.

### **Bremer Bestechungsaffäre**

Wegen der im Bremer Krankenhaus St. Jürgen aufgetretenen Korruptionsfälle erklärte Bremens SPD-Vorsitzender Brückner, als ehemaliger Gesundheitssektor ein Jahrzehnt lang oberster Dienstherr des Krankenhauses, seinen Rücktritt. Auch der Chef der Bremer Senatskanzlei, Euler, und damit oberster Berater von Bremens Bürgermeister Wedemeier, trat zurück, weil er in seiner politischen Laufbahn auch Brückners Stellvertreter gewesen ist.

Alfred Dregger:

## Die WEU als europäischer Pfeiler der Atlantischen Allianz

Am Donnerstag, den 1. Dezember 1988, billigte der Bundestag eine engere deutsch-französische Zusammenarbeit in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sowie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. In der Debatte schlug der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger vor, die Westeuropäische Union (WEU) zur Sicherheitsorganisation der Europäischen Gemeinschaft auszubauen. Hier die wesentlichen Passagen der Rede Alfred Dreggers im Wortlaut:

Ziel des deutsch-französischen Abkommens, das uns vorliegt, ist nicht ein exklusives Sonderverhältnis, das die anderen Europäer ausschließt. Ziel ist vielmehr — ich zitiere aus der Protokollnotiz zum Verteidigungs- und Sicherheitsrat:

- „Die Vervollständigung des europäischen Einigungswerks und
  - die Entwicklung einer europäischen Identität in der Sicherheitspolitik“;
- eine große und schwierige Aufgabe . . .

Der Schlüssel dazu liegt bei Frankreich. Frankreich ist 1966 aus der integrierten Kommandostruktur der NATO ausgeschieden und lehnt es nach wie vor ab, diesen Schritt rückgängig zu machen. Frankreich deshalb zu schelten, wäre törricht, zumal es für seine Haltung Sachgründe gibt. Sinnvoller dürfte der Versuch sein, eine neue Lösung zu finden. Dabei kann an zwei Veränderungen angeknüpft werden, die im strategischen Denken Frankreichs eingetreten sind.

Daß die Allianz mit den USA notwendig bleibt und daß zumindest für die Zeit der

Teilung Europas auch die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa notwendig bleibt, wird heute nicht mehr bestritten, auch von Frankreich nicht. Ich erinnere an die Rede, die der französische Staatspräsident Mitterrand am 20. Januar 1983 vor dem Deutschen Bundestag gehalten hat.

Frankreich hat erkannt, daß es mit der Bundesrepublik Deutschland einen Sicherheitsraum bildet. Ein französischer Politiker hat das mir gegenüber wie folgt beschrieben: Zwischen den Deutschen und uns gibt es weder den Ärmelkanal noch den Atlantik. Unser Schicksal ist aufgrund der nach dem Zweiten Weltkrieg neuen Machtstrukturen in Europa untrennbar miteinander verknüpft.

Frankreich betont heute dann auch mit Nachdruck die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Verteidigung. Über bilaterale Absprachen mit seinen Nachbarn, insbesondere mit der Bundesrepublik Deutschland, ist es aber nicht hinausgekommen.

Es kommt also darauf an, einen Weg aufzuzeigen, der die Atlantische Allianz nicht beschädigt, es Frankreich zugleich aber auch ermöglicht, führend am Aufbau eines europäischen Verteidigungssystems teilzunehmen . . .

Ein neuer Vertrag, dessen Ausarbeitung gewiß viel Zeit erfordern würde, ist m. E. dafür nicht notwendig. Alle vorhandenen vertraglichen Instrumente sollten genutzt werden, um das politische Ziel, die europäische Sicherheitsunion, zu schaffen. Es kommt nicht auf die Instrumente an, sondern auf den politischen Willen . . .

Die wichtigsten Instrumente der Einigungspolitik sind die EG und die WEU. Die EG hat die stärksten Institutionen. Die WEU konzentriert sich auf das größte zusammenhängende europäische Allianzgebiet. Das Beistandsversprechen der WEU geht über das der NATO weit hinaus. Die WEU-Vertragspartner haben sich verpflichtet, einander Beistand „mit allen Mitteln“ zu leisten.

Die WEU als Sicherheitsorganisation der EG — was keine volle Identität der Vertragsgebiete voraussetzt — erscheint daher als der am ehesten erfolgversprechende Weg zur europäischen Sicherheitsunion. Diesen Weg schlage ich vor . . .

Ich fasse meine Überlegungen in zehn Punkten zusammen:

1. Die europäische Sicherheitsunion und mit ihr die politische Union Europas ist heute notwendiger denn je, Europas Zukunft kann nicht den Weltmächten überlassen bleiben.

2. Die USA brauchen ein mit ihnen verbündetes starkes Europa, wenn sie weiterhin ihrer globalen Verantwortung gerecht werden wollen.

Die Sowjetunion braucht für eine verbesserte Zusammenarbeit mit Europa einen europäischen Partner, der seine Interessen auch ihr gegenüber eigenständig und selbstbewußt vertreten kann.

3. Europa braucht vor allem sich selbst; Die WEU als europäischer Pfeiler der Atlantischen Allianz würde das jetzige Ungleichgewicht in der Allianz beseitigen.

4. Die WEU würde es Frankreich ermöglichen, in der europäischen Verteidigung eine Rolle zu spielen, die seiner Größe, seiner Macht und seiner militär-geographischen Unentbehrlichkeit entspricht.

5. Die WEU als europäischer Pfeiler der Atlantischen Allianz würde es ermögli-

chen, das Nebeneinander mehrerer Abwehrstrategien in Europa zu überwinden. Zur Zeit gibt es eine französische, vielleicht auch eine spanische und eine atlantische Abwehrstrategie, die von den USA dominiert und von den anderen integrierten Europäern mitgetragen wird. Dieses Nebeneinander verschiedener Abwehrstrategien ist ein Luxus, den sich Europa und die Allianz nicht länger leisten sollten.

6. Die WEU als europäischer Pfeiler der Atlantischen Allianz würde es Europa ermöglichen, in Zukunft an allen Verhandlungen teilzunehmen, die seine Interessen berühren. Beim nächsten Reykjavik-Gipfel würde anders als 1986 außer dem Präsidenten der USA und dem Generalsekretär der Sowjetunion auch der Repräsentant Europas am Verhandlungstisch sitzen.

7. Die Atomstreitkräfte Großbritanniens und Frankreichs verblieben selbstverständlich — wie die amerikanischen — unter nationalem Oberbefehl. Das schließt es nicht aus — wie ich hinzufügen möchte — es muß vielmehr von unseren Verbündeten erwartet werden, daß die unter nationalem Oberbefehl stehenden Atomstreitkräfte in ihrer Einsatzplanung — und das hängt auch mit ihren Reichweiten zusammen — auf die Überlebensinteressen der atomar nicht bewaffneten Allianzpartner Rücksicht nehmen.

8. Europa ist dabei, den größten Binnenmarkt der Erde mit 320 Millionen Menschen zu schaffen. Auch wenn es militärisch keine Weltmacht ist und auch nicht anstrebt es zu werden, Europa hat jedenfalls Anspruch darauf, daß seine Sicherheitsinteressen nicht geringer geachtet werden als die der USA und der Sowjetunion.

Die USA haben die europäische Einigung immer gefördert und in Europa immer mehr gesehen als ein Glacis, des-



sen Verteidigung dem Schutz amerikanischer Interessen zu dienen hat. Auch die Sowjetunion muß Europa endlich als eigenständige Kraft mit durchaus eigenständigen Sicherheitsinteressen anerkennen.

9. Die Gründung einer europäischen Sicherheitsunion würde der Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion einen entscheidenden Impuls geben. Wenn die Europäer sich in der Existenzfrage ihrer Sicherheit miteinander identifizieren, dann wird es auch selbstverständlich sein, wirtschaftliche, finanzielle und Währungsvorteile bereitwillig in den gemeinsamen Verbund einzubringen.

10. Die politische Union Europas könnte in der weiteren Entwicklung auch eine Rolle bei der Überwindung der europäischen Teilung spielen. Sie könnte — wenn auch den ostmitteleuropäischen Staaten die Mitwirkung erlaubt würde — zur friedenserhaltenden Mitte zwischen den Weltmächten werden, die es diesen ersparen würde, sich mitten in Europa hochgerüstet einander gegenüberzustellen.

## Störsender eingestellt

Die Bundesregierung begrüßt, daß die Sendungen der Deutschen Welle in russischer Sprache jetzt ungestört in der Sowjetunion zu empfangen sind. Ebenso begrüßt die Bundesregierung die ungehinderte Ausstrahlung der Programme der in München beheimateten amerikanischen Sender „Radio Free Europe“ und „Radio Liberty“ in die osteuropäischen Länder. Die Bundesregierung spricht die Erwartung aus, daß dieser Beginn einer ungehinderten Kommunikation zwischen Ost und West sich fortsetzt und auch die Störungen der Programme der Deutschen Welle für Afghanistan eingestellt werden.

## Junge Union startet Aktion für Aussiedler

Der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, **Christoph Böhr**, erklärt anlässlich der Vorstellung der bundesweiten Aktion „Willkommen deutsche Aussiedler“: Mit dieser Aktion will die Junge Union Deutschlands einen Beitrag zur Integration der deutschen Aussiedler leisten. Um den Aussiedlern den Start in der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern, ist es notwendig, daß die Bundesbürger auf die Neuankömmlinge zugehen. Viele unbedachte und unverantwortliche Äußerungen, wie die von Oskar Lafontaine, leisten zudem einer aussiedlerfeindlichen Haltung Vorschub. Vorbehalte gegenüber den Aussiedlern müssen durch ein Klima der Herzlichkeit und Gastfreundschaft ersetzt werden.

Die Junge Union Deutschlands appelliert an die Bundesbürger, die deutschen Aussiedler mit offenen Armen zu empfangen und sie bei der Eingliederung zu unterstützen, damit die Bundesrepublik für sie dauerhaft zur Heimat wird.

In besonderer Weise sollten sich die Jugendlichen in der Bundesrepublik den gleichaltrigen Aussiedlern annehmen. Jugendhäuser und Jugendeinrichtungen müssen vermehrt auf junge Aussiedler zugehen und sie in ihre Arbeit einbinden.

## 46-Stunden-Woche für Soldaten

Die Koalitionsparteien haben sich auf eine 46-Stunden-Woche für die Soldaten der Bundeswehr geeinigt. Der durchweg mehr als 56-Wochen-Stunden umfassende Truppendienst wird damit begrenzt.

# Erstmals seit längerem wieder stabile Krankenversicherungsbeiträge

Der durchschnittliche Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wird 1989 erstmals seit längerem nicht mehr weiter steigen. Wie aus aktuellen Berichten hervorgeht, wollen die Krankenkassen ihre Beitragssätze nahezu überall stabil halten. Geringen Erhöhungen bei einigen Kassen stehen Beitragssatzsenkungen bei anderen gegenüber.

Allen Unkenrufen des Hartmannbundes und anderer Reformgegner zum Trotz dreht sich damit die Beitragsspirale nicht weiter. Und auch das Verwaltungschaos, das viele Kritiker des Gesundheitsreformgesetzes für Anfang 1989 prophezeit

haben, wird es nicht geben. Darüber sind sich die Spitzenverbände der Allgemeinen Ortskrankenkassen und der Ersatzkassen, die mehr als 40 Millionen Versicherte repräsentieren, einig.

Die Bundesregierung begrüßt dies und sieht in der Stabilisierung der Beitragssätze eine vorweggenommene positive Auswirkung des Gesundheitsreformgesetzes. Eine allgemeine Senkung der Beitragssätze bereits zu Beginn des Jahres 1989 war dagegen nicht zu erwarten, da das Gesetz erst zu diesem Zeitpunkt in Kraft tritt. Im Jahresverlauf dürfte die Entlastung der Kassen jedoch spürbar werden, was dann 1990 auch zu niedrigeren Beitragssätzen führen könnte.

## Aktuelle Dokumentationen

Wichtige Dokumentationen aus dem UiD bieten wir Ihnen als preiswerte Fortdrucke auch über unser Versandzentrum an. Ganz neu im Angebot ist die Dokumentation zur Reform des Gesundheitswesens aus dem UiD Nr. 38/88:

### „Solidarität und Eigenverantwortung“ Die Reform des Gesundheitswesens

Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 15,— DM  
zuzügl. MwSt.  
Bestell-Nr.: 5121

Außerdem sind noch folgende aktuelle Dokumentationen im Angebot:

### „Unsere Argumente für Europa“

Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 9,— DM  
zuzügl. MwSt.  
Bestell-Nr.: 5110

### „Unsere Verantwortung in der Welt“ Beschluss des 36. Bundesparteitages zur Deutschland-, Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik

Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 22,50 DM  
zuzügl. MwSt.  
Bestell-Nr.: 5093

## Neu im Angebot

**Für den Europawahlkampf:  
Papierfähnchen  
mit dem Europawahlkampf-Signet**  
Mindestabnahme: 1000 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 80,— DM  
zuzügl. MwSt.  
Bestell-Nr.: 9508

Bestellungen über  
**IS-Versandzentrum**  
Postfach 1328, 4804 Versmold

# Aktuell und allgemeinverständlich

## Das wirtschaftspolitische Seminar in Schloß Eichholz

Arbeitslosigkeit und Arbeitszeiterkürzung, Steuerreform, Umweltverschmutzung, Weltschuldenkrise, europäischer Binnenmarkt ... — Dies sind einige der Themen, die im Zentrum der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussionen stehen. Wer sich daran beteiligen will, wem es darum geht, plattenden Ideologien und vereinfachten Parolen vernünftige Argumente und praktikable Vorschläge entgegenzusetzen, der wird sich zunächst einmal informieren. Gelegenheiten hierzu bietet das wirtschaftspolitische Seminar des Instituts für politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Im Mittelpunkt der mehrstufigen Veranstaltungen stehen grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sowie die Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen. Planspiele, Fallstudien

und ein Besuch bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel bieten zudem den Rahmen für die selbständige Anwendung und Vertiefung des gelernten Stoffes.

Zur Teilnahme an diesem wirtschaftspolitischen Seminar lädt das Institut für politische Bildung vor allem Berufstätige aus den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft, Selbständige sowie Studenten aller Fachrichtungen ein.

Die nächsten Termine für „Einsteiger“:

- 8. 1. — 13. 1. 1989
- 22. 1. — 27. 1. 1989
- 23. 4. — 28. 4. 1989
- 16. 6. — 23. 6. 1989

Weitere Informationen/Anmeldungen:  
Institut für politische Bildung der  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
Postfach 13 31  
5047 Wesseling

## Termine

- 12. 12. MIT Niedersachsen  
Geschäftsf. Vorstand, Hannover
- 12. 12. LV Nordrhein-Westfalen  
LFA „Umweltpolitik“, Dortmund
- 13. 12. CDU Bund  
Landesgeschäftsführerkonferenz, Berlin
- 14. 12. CDU-Bundesausschuß  
Sitzung, Berlin
- 16. 12. CDA Berlin  
Landesausschuß, Berlin
- 19. 12. LV Bremen  
Vorstand, Bremen
- 1989
- 13./  
14. 1. LV NRW  
Klausurtagung geschäftsf. Vorstand,  
Bad Kissingen
- 16. 1. CDU-Präsidium  
Sitzung, Bonn

- 16. 1. LV Saar  
LFA „Europa- u. Entwicklungspolitik“,  
Saarbrücken
- 20./
- 21. 1. KPVBund
- 21. 1. Kulturpolitische Tagung, Frankfurt/  
Main
- 21. 1. EAK Rheinland-Pfalz  
Landestag, Mainz
- 25. 1. CDU Bund  
Landesgeschäftsführerkonferenz, Bonn
- 28. 1. LV Hessen  
Fachkongreß AK Berufliche Bildung,  
Gießen-Kleinlinden
- 28. 1. KPVBund  
Landesvorstand, Gießen
- 29. 1. Wahlen zum Abgeordnetenhaus von  
Berlin
- 30. 1. CDU-Präsidium  
Sitzung, Bonn
- 30. 1. CDU-Bundesvorstand  
Sitzung, Bonn

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1



**Ein gesegnetes  
Weihnachtsfest  
und ein  
erfolgreiches  
neues Jahr**



*Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.*

# UID

**39/88**

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421.  
**Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,- DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.